

Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD

Altersgerechter Jugendmedienschutz in Schulen

Ich frage die Landesregierung:

1. Ab welchem Alter ist aus Sicht der Landesregierung die Nutzung eines eigenen Smartphones empfehlenswert?
2. Ab welchem Alter ist aus Sicht der Landesregierung die Nutzung von Social Media empfehlenswert?
3. Welche Regelungen gibt es für Schülerinnen und Schüler an Grundschulen zur Nutzung von Social Media?
4. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass Kinder und Jugendliche sowie Eltern über die Auswirkungen der Nutzung von Social Media und Smartphones ausreichend aufgeklärt sind, insbesondere unter Darstellung, welche medienpädagogischen Angebote sie Eltern ab welchem Alter der Kinder und Jugendlichen jeweils als Unterstützung zur Verfügung stellt?
5. Welche Unterstützung bietet die Landesregierung Eltern an, die ihren Kindern einen späteren Zugang zu Social Media und Smartphones ermöglichen möchten?
6. Plant die Landesregierung, das Konzept der freiwilligen smartphonefreien Klassen bis zur 7. Klasse, wie es von der Elterninitiative „Smarter Start ab 14“ vorgeschlagen wird, flächendeckend einzuführen oder zu unterstützen?
7. Wenn das Konzept der freiwilligen smartphonefreien Klassen nicht flächendeckend eingeführt werden soll, was sind die Gründe hierfür?
8. Welchen Beitrag leistet die Landesregierung auf Bundesratsebene oder Ebene der Europäischen Union, um die gesetzlichen Regelungen für die Social Media-Nutzung für Kinder und Jugendliche sicherer zu gestalten?
9. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, wie viele Vorfälle es in den vergangenen drei Jahren gab, bei denen Kinder oder Jugendliche im Schulalter über Social Media gemobbt, von fremden Personen kontaktiert wurden (u. a. Cyber-Grooming) oder durch die Nutzung von Social Media körperliche oder psychische Schäden erlitten haben, die einer ärztlichen bzw. psychologischen Behandlung bedurften?
10. Wie werden Lehrkräfte und Eltern durch die Landesregierung über konkrete Gefahren des aktuell auftretenden Phänomens, dass Kinder und Jugendliche über Social Media dazu aufgefordert werden, sich beispielsweise selbst zu verletzen, informiert, auch mit Blick auf aktuelle Ermittlungen zu einem Fall, über den in der Südwest Presse am 17. November 2025 („Auf Warnung verzichtet“) berichtet wurde?

19.11.2025

Dr. Fulst-Blei SPD

Begründung

Immer wieder wird aktuell, sowohl von politischen als auch wissenschaftlichen Akteuren, eine Altersbeschränkung für die Nutzung von Social Media und eine strikteres Handyverbot an Schulen ins Gespräch gebracht. Auch Eltern sowie Kinder und Jugendlichen selbst, vor allem jene, die die Coronapandemie besonders intensiv erlebt haben, äußern sich zunehmend kritisch zur unbeschränkten und zu frühen Nutzung von Smartphones und Social Media. Dabei spielt auch das Recht jedes Kindes auf ein gesundes und unversehrtes Aufwachsen eine wichtige Rolle. Eine zu intensive und uneingeschränkte Nutzung von Social Media und Smartphones birgt die Gefahr, die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu beeinträchtigen und langfristige Schäden hinsichtlich der Psyche als auch der körperlichen Entwicklung zu begünstigen. Mit dieser Kleinen Anfrage sollen daher aktuelle und zukünftige Maßnahmen der Landesregierung zur Prävention vor einer zu hohen Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen erfragt werden.